

# PRESSEMITTEILUNG

15. Juni 2023

# JVB

22. Verbandstag

15. - 16. Juni 2023  
Nürnberg

## Gewerkschaft Justizvollzug Bayern (JVB)

Alexander Sammer neuer Vorsitzender von Bayerns stärkster Justizvollzugsgewerkschaft – Personalgewinnung, gefährliche Straftäter und zunehmende Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte bereiten größte Sorgen

### 22. JVB Verbandstag vom 15. bis 16. Juni 2023 in Nürnberg

Nürnberg – Mit großer Mehrheit wurde der 52-jährige Justizvollzugsbeamte Alexander Sammer aus München zum neuen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Justizvollzug Bayern (JVB) gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Ralf Simon an. Unter dem Motto „Worauf es jetzt ankommt.“ versammeln sich am 16. Juni 2023 auf dem JVB Verbandstag in Nürnberg hochrangige Gäste aus Landespolitik, Justiz und Beamtenbund.

**Der neugewählte JVB Landesvorsitzende Alexander Sammer:** „Die Arbeit im Justizvollzug ist sowohl physisch als auch psychisch herausfordernd und stellt uns alle vor schwierige Aufgaben. Wir dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht weiter an ihre Grenzen bringen. Gemeinsam müssen wir junge Menschen für unseren anspruchsvollen Beruf gewinnen und der Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte konsequent entgegenreten.“

Gefährliche Straftäter mit extremistischen Tendenzen oder psychischen Erkrankungen stellen für die 36 bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Herausforderung dar. Sammer betonte, dass die Sicherheit unserer Gesellschaft maßgeblich davon abhängt, dass ehemalige Straftäter erfolgreich resozialisiert werden und somit künftig ein strafreies Leben führen. „Innere Sicherheit und Wiedereingliederung funktionieren nur mit gut ausgebildetem, motiviertem und angemessen bezahltem Personal. Die Personalgewinnung ist das Gebot der Stunde“, so Sammer.

Als Berufsverband mit einem Mitgliederanteil von 80 Prozent strebt der JVB einen fortlaufenden Dialog mit allen Beteiligten an. Der neue JVB Vorsitzende: „Wir werden die Realität in Bayerns Justizvollzugseinrichtungen ehrlich und transparent in den Mittelpunkt stellen und unsere Forderungen mit Nachdruck in die Politik einbringen.“

